

# Programm der SPS zur Friedens- und Sicherheitspolitik

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **68 (1989)**

Heft 3: **Materialien zur "Schweiz ohne Armee"**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340717>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Programm der SPS zur Friedens- und Sicherheitspolitik

Die SPS hat im Jahre 1972 ein Leitbild für eine friedensstrategische Sicherheitspolitik unseres Landes verabschiedet. Dieses Leitbild hat seine Gültigkeit bis heute weitgehend behalten. Einzelne Fragen müssen aktualisiert werden. Die meisten Forderungen der SPS konnten bis heute wegen der politischen Macht der bürgerlichen Kräfte in Parlament und Regierung nicht durchgesetzt werden. Der SPS fällt deshalb die wichtige politische Verpflichtung und Verantwortung zu, die Anliegen einer Friedens- und Sicherheitspolitik zur Schaffung eines gemeinsamen und dauerhaften Friedens auch in den kommenden Jahren inner- und ausserhalb der politischen Institutionen zu vertreten.

Aus diesem Grunde haben Parteivorstand und Fraktion ein Dreizehnpunkte-Programm formuliert, welches die Stossrichtung und Prioritäten in den politischen Aktivitäten von Partei und Fraktion im Bereich der Friedens- und Sicherheitspolitik festlegt:

1. Der Bund verstärkt den Einsatz für eine aktive Friedenspolitik auf internationaler Ebene massgeblich. Er gründet ein Institut für Friedens- und Konfliktforschung. Der Einsatz von Blauhelm-Truppen im Auftrag der UNO ist ernsthaft zu erwägen. Die Mittel für eine aktive Friedenspolitik sind deutlich aufzustocken und sollen jährlich im Budget ausgewiesen werden.
2. Die Schweiz muss ihre Anstrengungen zur Entwicklung in der Dritten Welt und zum Abbau des Nord-Süd-Gefälles verstärken. Der Export von Kriegsmaterial soll verboten werden.

3. Die Rüstungsausgaben sollen real auf dem Stand von 1987 eingefroren werden.

4. Der geplante EMD-Rüstungskredit von drei Milliarden Franken für 34 F-18-Kampfflugzeuge stösst an die Grenzen einer defensiven Armee des Kleinstaates. Wir lehnen ihn deshalb ab.

5. Der Einsatz der Armee für den Ordnungsdienst im Inneren ist ausgeschlossen. Der einzige Zweck besteht im Schutz des Landes gegen Aggressionen von aussen.

6. Wir lehnen die Einführung einer ständigen Bereitschaftsgruppe grundsätzlich ab. Die Armee ist und bleibt eine Milizarmee.

7. Der Zivilschutz darf nicht weiter militarisiert werden. Er soll zu einem Instrument für den Katastrophenschutz umgestaltet werden.

8. Anstelle des Wehrdienstes kann ein sozialer Zivildienst geleistet werden. Die Militärdienstverweigerung aus ethischen, religiösen oder politischen Gründen darf nicht mehr mit Gefängnis bestraft werden.

9. Eine obligatorische Dienstpflicht für Frauen oder eine anderweitige Militarisierung der Frauen im Rahmen der Gesamtverteidigung wird abgelehnt.

10. Die Militärjustiz wird für Friedenszeiten abgeschafft.

11. Niemand darf zu Beförderungsdiensten gezwungen werden. Soldaten und Offiziere werden bezüglich Bekleidung, Verpflegung, Sold, Unterkunft u.a.m. gleich behandelt.

12. In Friedenszeiten untersteht die Armee den gesetzlichen Vorschriften des Umweltschutzes und der Raumplanung.

13. Der militärisch-politisch-wirt-

schaftliche Komplex/Filz stellt eine Gefahr für die demokratischen Staatsstrukturen dar. Die Bundesbehörden müssen deshalb die Voraussetzungen für eine wirksame demokratische Kontrolle des Militärs und eine Entflechtung von Armee und Rüstungslobby schaffen.

## Erfolg im Wallis Misserfolg im Aargau

Bei den Wahlen im Aargau hat sich ein bewusst traditionell-Gewerkschaftliches Wahlkampfkonzept nicht bewährt. Sieben Sitzverluste im Grossrat sind auch hart, wenn es dem Gegner noch schlechter ging. Eine gründliche Analyse muss zu einem eigenständigen Parteiprofil führen. Nur so wird politisches Selbstbewusstsein wieder aufgebaut. Dann kehren auch die Erfolge wieder zurück. Bestes Beispiel ist der schöne Erfolg der Walliser SP. Trotz persönlichen und politischen Verunglimpfungen haben François Balmer und Peter Bodenmann erstaunlich gute Staatsratswahlergebnisse erreicht. Bei Proporzwahlen wäre ein Regierungssitz sicher gewesen. Die CVP mit 60 Prozent Wähleranteil bringt ihre Kandidaten nicht mehr im ersten Wahlgang durch. Die SP stockte ihre Grossratsfraktion um zwei Mandate auf. Wer es wagt, die Probleme zu nennen und auch neue Lösungen präsentiert, gewinnt. Der Walliser Erfolg ist ein erfreulicher Ansporn für die SP Schweiz.